

KURZ NOTIERT

Drei Sprinter im Kreis gestohlen

GEILENKIRCHEN In Gangelt ist auf der Mercatorstraße zwischen Mittwoch, 22 Uhr, und Donnerstag, 10 Uhr, ein weißer Mercedes Sprinter mit HS-Kennzeichen gestohlen worden. Das teilte die Polizei mit. Auch in Erkelenz, an der Gerhard-Welter-Straße, wurde in der Nacht zwischen 21 Uhr und 5 Uhr ein blauer Mercedes Sprinter mit Erkelenzer Kennzeichen (ERK) entwendet. Ein weiterer Mercedes Sprinter wurde in Erkelenz auf der Rosenstraße gestohlen. Diese Tat ereignete sich zwischen 18 Uhr und 5.45 Uhr. Das gestohlene Auto war silbern und mit HS-Kennzeichen ausgestattet.

Zigarettenautomat in der Wurm gefunden

GEILENKIRCHEN Fußgänger haben am Donnerstag an der Wurmbrücke am Wurmweg zwischen den Ortsteilen Müllendorf und Kogenbroich im Wasser einen Zigarettenautomaten entdeckt. Sie alarmierten die Polizei, die mit Hilfe der Feuerwehr den Automaten bergen konnte. Der Automat war offenbar gestohlen und gewaltsam geöffnet worden. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen, teilten die Beamten selbst mit.

Unbekannte Täter brechen zwei Autos auf

HEINSBERG-KIRCHHOVEN Unbekannte haben in Heinsberg zwischen Mittwoch und Donnerstag an der Straße Alte Gerberei die Scheibe eines Autos eingeschlagen. Wie die Polizei meldet, brachen die Täter einen weiteren Wagen auf und stahlen Bargeld.

Täter zerstechen Reifen an drei Autos

ÜBACH-PALEMBERG-FRELENBERG Unbekannte Täter haben in der Zeit zwischen Mittwoch, 18.30 Uhr, und Donnerstag, 7 Uhr, an drei Fahrzeugen in Frelenberg jeweils alle vier Reifen zerstoßen. Laut Kreispolizei ist das bei zwei Autos an der Wurmstraße und einem an der Straße Gürzelweg passiert. Die Polizei fragt: „Wer hat Beobachtungen gemacht, die mit den Taten in Zusammenhang stehen könnten?“ Hinweise nimmt das Kriminalkommissariat der Polizei in Geilenkirchen unter der Telefonnummer 02452/9200 entgegen.

Fahrrad gestohlen, dann Auto aufgebrochen

HEINSBERG-OBERBRUCH Diebe haben sich in Heinsberg-Oberbruch erst an einem Fahrrad zu schaffen gemacht, dann brachen sie noch ein Auto auf, das auf demselben Grundstück stand. Das teilte die Kreispolizei mit. Demnach ist die Tat zwischen Dienstag, 11 Uhr, und Mittwoch, 7.30 Uhr, passiert. Das Fahrrad wurde von den Tätern gestohlen, ob aus dem Auto etwas geklaut wurde, ermittelt die Polizei derzeit.

Wünsche in der letzten Phase des Lebens

Aktuelle Gesetzeslage zur Sterbehilfe ist nicht verfassungskonform. Was sagen Pflegeeinrichtungen dazu?

VON EVA JOHANNA ONKELS

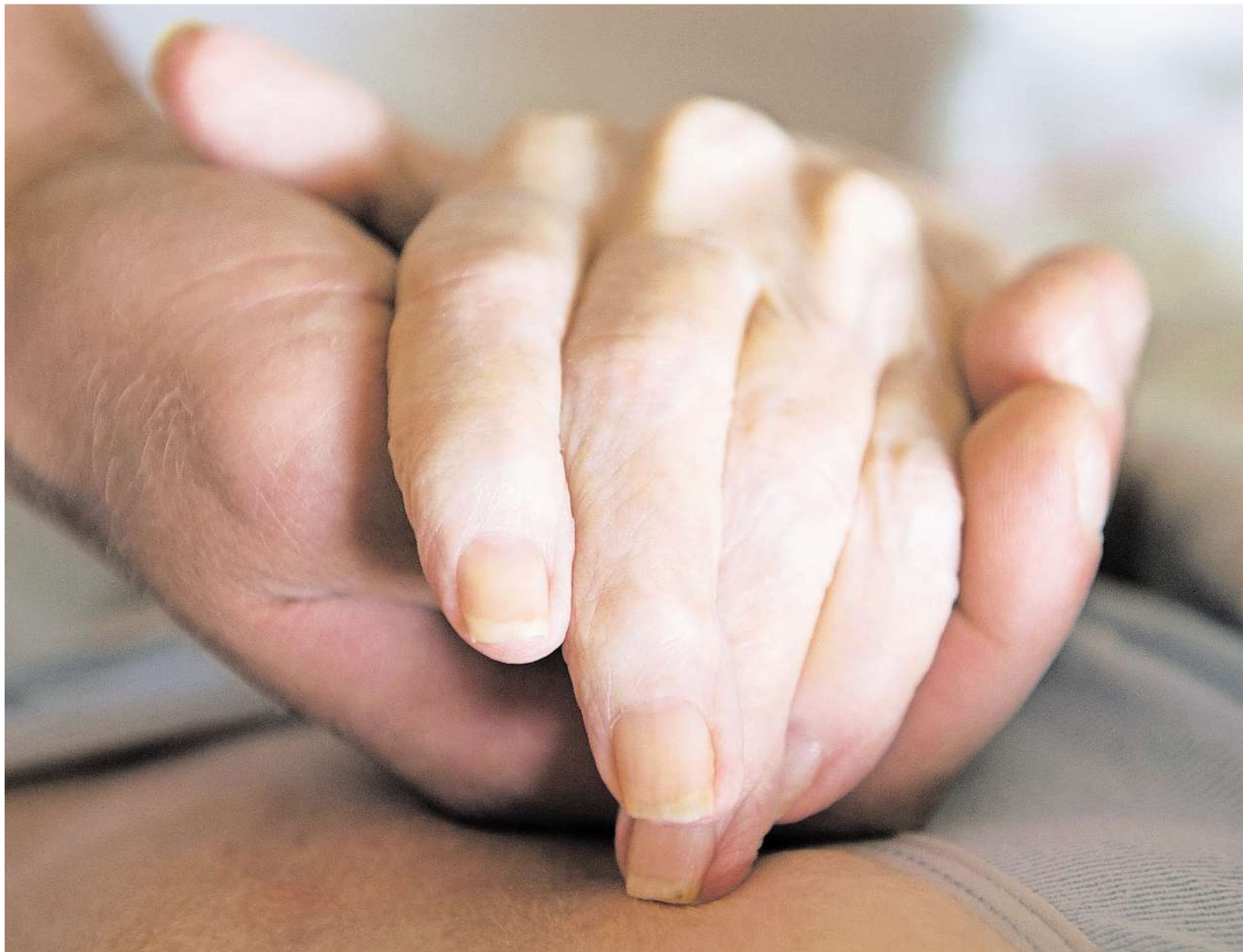
KREIS HEINSBERG Er steht unumstößlich am Ende jedes Lebens und macht vielen Menschen Angst: der Tod. Werde ich friedlich einschlummern und nicht mehr aufwachen? Oder muss ich vor meinem Tod lange leiden? Und was mache ich, wenn ich eine tödliche Krankheit habe? In manchen Fällen würden schwerkranke Menschen gerne selbst darüber entscheiden, wann und wie sie sterben. Doch das ist in Deutschland schwierig, denn bisher war nicht eindeutig geregelt, ob zum Beispiel Ärzte Mittel zur Verfügung stellen dürfen, mit denen sich in Einzelfällen Menschen selbst das Leben nehmen können.

Im Paragraphen 217 des Strafgesetzbuches heißt es: „Wer in der Absicht, die Selbsttötung eines anderen zu fördern, diesem hierzu geschäftsmäßig die Gelegenheit gewährt, verschafft oder vermittelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Ausgenommen davon waren diejenigen, die nicht geschäftsmäßig handelten und Angehöriger oder Nahestehender desjenigen war, der Sterbehilfe in Anspruch nehmen wollte. Viele Ärzte sahen sich in der Zwickmühle: Wenn sie einem Patienten ein lebensbeendendes Mittel zum Selbsteinnehmen zur Verfügung stellten – machten sie sich dann wegen geschäftsmäßigen Handelns strafbar?

Angst vor dem langen Leiden

In einem lange erwarteten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das gesetzliche Verbot der sogenannten „geschäftsmäßigen Sterbehilfe“ nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei. Das Thema „Sterbehilfe“ betrifft auch Senioren- und Pflegeeinrichtungen im Kreis Heinsberg. Nicht, weil dort etwa Wünsche nach selbiger geäußert werden, sondern weil das Thema „Sterben“ dort latent eine bedeutende Rolle spielt.

Claudia Sonnenschein ist Sozialpädagogin und arbeitet bei der Gesundheitsversorgung des Franziskusheims, das auch für die Senioren-Einrichtung auf der BurgTrips in Geilenkirchen verantwortlich ist. Sie spricht mit den Bewohnern über die „letzte Phase des Lebens“, über ihre Sorgen und Wünsche. „Wir schauen, was die Leute brauchen und was wir ihnen geben können“, erläutert sie. Auch für Angehörige gibt es Gesprächsmöglichkeiten. „Sterben und Tod sind große Themen bei uns“, sagt sie. Die Patienten gingen zum großen Teil sehr unterschiedlich damit um. Manche im 85-Jähriger halte sich noch für zu jung, um über den Tod zu reden, andere seien ganz offen. Für viele gilt: „Der Tod



In Würde sterben – dazu kann auch gehören, selbst zu entscheiden, wann man stirbt. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Urteil gefällt. FOTO: SEBASTIAN KAHNERT/DPA

ist mit Ängsten verbunden“, erläutert Sonnenschein. Es sind häufig ganz weltliche Dinge, vor denen sich die Patienten fürchten: Eine starke Pflegebedürftigkeit, vollständige Abhängigkeit, Schmerzen oder eine lange Leidenszeit. „Die meisten wünschen sich einen schnellen Sterbeprozess“, sagt Sonnenschein.

„Wir wollen das Thema ‚Tod‘ offener ansprechen. Er gehört zum Leben dazu, und wir wollen ihn nicht totschweigen.“

Claudia Sonnenschein, Sozialpädagogin am Franziskusheim

Bei manche steht auch die Frage im Raum, was danach käme. Im kirchlich geprägten Franziskusheim spielt der religiöse Aspekt auch bei der Sterbehilfe eine wichtige Rolle: „Für viele Patienten ist die Vorstellung der Selbsttötung auch nicht akzeptabel. Sie sagen dann eher: ‚Der da oben entscheidet, wann es vorbei ist‘“, erzählt Sonnenschein.

Das Personal in den Einrichtungen des Heims arbeite zudem an einer besseren Palliativ- und Hospizkultur. „Wir wollen das Thema ‚Tod‘ offener ansprechen. Er gehört zum Leben dazu, und wir wollen ihn nicht totschweigen“, so Sonnenschein. Beim Thema Sterbehilfe sei sie jedoch vorsichtig. Sie hält nicht viel von pauschalisierenden Gesetzen. „Im Einzelfall kann Sterbehilfe

eine Möglichkeit sein“, sagt sie. Sie mache sich aber Gedanken darum, dass Menschen unter Druck gesetzt werden könnten. „Ich erlebe es in Beratungsgesprächen, dass sich die Menschen fragen, was sie noch für einen Wert haben“, berichtet Sonnenschein. Sie säßen ja nur noch herum, seien abhängig. Das passe nicht in das Bild der Leistungsgesellschaft. „Die da entstehenden Gedanken finde ich gefährlich“, resümiert Sonnenschein. Für den Einzelfall müsse es Beratungsangebote geben, damit die Menschen wissen, welche Möglichkeiten es noch gibt. „Sterbehilfe darf nie die erste Option sein“, sagt Sonnenschein. Stattdessen solle man die Möglichkeiten, die die Palliativmedizin bietet, besser ausschöpfen. „Wir brauchen viel mehr Palliativmediziner, die schnell reagieren können“, sagt sie. Auch wenn ihr klar ist, dass das schwierig umzusetzen ist.

Gefragt ist der Gesetzgeber

Auf eine Beratung für Betroffene setzt auch Wilhelm Schmitz, Einrichtungsleiter der Awo-Seniorenheime in Heinsberg und Übach-Palenberg. Er begrüßt aber ausdrücklich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Jetzt heiße es: abwarten. Denn das Urteil bedeute, dass wieder der Gesetzgeber gefragt sei. Schmitz hofft,

dass der nächste Entwurf deutlicher formuliert, was erlaubt ist und was nicht. „Der Gesetzgeber muss verdeutlichen, was er erlauben möchte, welches Angebot er den Menschen machen will.“ Vor allem die Spitzfindigkeiten machen ihm dabei Gedanken. „Was ist denn gewerbsmäßig und was nicht?“, fragt er. Er hat auch Patienten im Blick, die nicht mehr in der Lage sind, eigenmächtige Entscheidungen zu treffen. Er schätzt, dass in Zukunft Patienten- und Vorsorgevollmachten wichtiger werden. Das das Interesse an der Sterbehilfe abebbt, glaubt

er nicht. „Es wird in Zukunft mehr Menschen geben, die Unterstützung wünschen“, sagt er. Nicht nur im Bezug auf die Sterbehilfe, sondern auch für Beratungsangebote. Die Awo-Einrichtungen würden den Prozess der Sterbehilfe selbst nicht unterstützen, denkt Schmitz. Sprich: Sie würden die Menschen an Hausärzte weiterleiten oder auch – wenn gewünscht – Priester kontaktieren. „Wir würden uns nicht aufdrängen und es von uns aus auch nicht anregen“, betont er. „Wir sind nicht die Beteiligten bei der Entscheidung für

Leben oder Tod.“

Dass das Thema „Sterben“ in den Häusern der Awo auch von den Patienten angesprochen wird – davon geht Schmitz aus. „Ich habe allerdings noch nichts davon gehört, dass jemand direkt gefragt hat, ob wir ihn beim Sterben unterstützen würden“, sagt er. „Es ist keine einfache Situation“, ergänzt er. Das Sterbehilfe gefragt sei, könne man schon am „Sterbetourismus“ in die Schweiz erkennen. „Dass man zum Sterben ins Ausland flüchten muss, ist für den Einzelnen nicht gerecht“, hält er fest.

„Es ist keine einfache Situation. Dass man zum Sterben ins Ausland flüchten muss, ist für den Einzelnen nicht gerecht.“

Wilhelm Schmitz, AWO-Einrichtungsleiter

Er sieht auch einen Unterschied zu den Vorgängergenerationen. „Die Leute werden älter und empfinden vielleicht auch das Sterben anders“, sagt er. Angst vor dem Tod und der Vereinsamung seien da durchaus vorhanden, ebenso wie die Angst vor langen Leidensprozessen. Er denkt auch, dass die monetären Gründe weniger eine Rolle spielen. „Es geht um den Einzelnen in seiner eigenen Lebenssituation“, sagt er. Und: „Es ist gut, dass mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts der Selbstbestimmungswille gestärkt werden soll.“

Zahlen steigen weiter: „Wir sind noch nicht über den Berg.“

Landrat Stephan Pusch fordert Disziplin von den Menschen im Kreis Heinsberg. Labore der Bundeswehr könnten Corona-Tests auswerten.

VON DANIEL GERHARDS

KREIS HEINSBERG Während das Land NRW nun vorgibt, dass alle Schulen und Kitas ab Montag schließen, ist der Kreis Heinsberg schon einen Schritt weiter. Der besonders stark von der Corona-Krise betroffene Kreis hat solche Mittel schon unmittelbar nach Karneval eingesetzt, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen.

Trotzdem steigt die Zahl der Infizierten im Kreis Heinsberg weiter an. Am Freitagmittag meldete die Pressestelle des Kreises Heinsberg 553 bestätigte Infektionen mit dem Coronavirus im Kreisgebiet. Damit diese Zahl eine Aussage über die tat-

sächliche Lage geben kann, beginne der Kreis Heinsberg mit dem sogenannten „Entlassmanagement“. Und das soll so laufen: „Infizierte Personen, die sich nach einem positiven Testbefund bis jetzt 14 Tage in Quarantäne befinden haben, werden von unserem Gesundheitsamt erneut kontaktiert und nach mindestens drei Tagen Beschwerdefreiheit zu einem Kontrollabstrich in einer der zentralen Stellen zur Probenentnahme gebeten“, teilte der Kreis Heinsberg mit. Für diese zahlreichen Tests seien weitere Zentren zur Probenentnahme in Planung.

Derweil hat der Kreis Heinsberg die Bundeswehr um Hilfe gebeten. „Wir haben bei der Bundeswehr

angefragt, ob wir deren Laborkapazitäten nutzen können“, sagte Kreissprecherin Jennifer Grünter.

INFORMATIONEN

Eltern sollen Beiträge zurückbekommen

Die Stadt Erkelenz beabsichtigt, vorbehaltlich der Entscheidung der zuständigen Gremien, wegen der Schließung der Betreuungseinrichtungen Kindergartenbeiträge sowie Beiträge für Kindertagespflege und Offenen Ganztags zu erstatten. In welcher Form und welcher Höhe, ist offen.

Zwischenzeitlich habe es aufgrund der vielen Corona-Tests mal Stau im Labor gegeben. Mit der Hilfe der Bundeswehr sollen die Testergebnisse dann schneller vorliegen.

Weiterhin bittet das Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg darum, dass sich alle Bürger mit Symptomen wie Husten, Bronchitis oder weitergehenden Infektionen mit ihrem Hausarzt in Verbindung setzen. Der Arzt veranlasst dann, wenn nötig, einen Test in einer der Abstrichstationen. „Bis zur endgültigen Abklärung gilt für alle, die die benannten Krankheitszeichen haben, die Einhaltung der häuslichen Quarantäne“, so der Kreis. „Wir alle sind noch nicht über den Berg. Wir

müssen die Situation weiter ernst nehmen“, sagte Landrat Stephan Pusch (CDU). Der Kreis Heinsberg,



Die Situation ist weiterhin ernst, sagt Landrat Stephan Pusch. FOTO: GERHARDS

der als erstes hart von Corona getroffen wurde, könne, so Puschs Hoffnung, irgendwann vielleicht auch als erster zurückgehende Zahlen melden. An diesem Punkt ist man jedoch noch nicht. „Bitte im Moment noch nicht nachlassen mit den Bemühungen“, sagte Pusch.

Um dem Unterrichtsausfall wegen der andauernden Schul- und Kitaschließungen entgegenzuwirken, „können wir den Schulen im Kreisgebiet ein digitales Angebot zur Verfügung stellen“. Ein IT-Dienstleister aus Übach-Palenberg stelle hierfür eine kostenlose digitale Umgebung zur Verfügung. So könne der Unterricht mittels Web-Browser oder App von zu Hause verfolgt werden.